

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/177

15. September 1976

Biedenkopfs Anti-Gewerkschafts-Aktion ist gescheitert

-----  
Die Hintergründe des Wahlverstoßes des CDU-Generalsekretärs

Von Hana Schweitzer MdL

Stellv. Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und Bezirksleiter der IG Chemie

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Mehr Gerechtigkeit zwischen den Völkern

-----  
Bilanz der Entwicklungshilfearbeit im 7. Deutschen Bundestag

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3, 4 und 5 / 118 Zeilen

Die Union auf dem Kurs des Kalten Krieges

-----  
Deutschlandpolitisches Abenteuerium der CDU/CSU-Scharfmacher ist friedensgefährdend

Von Dr. Herbert Prauß

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 und 7 / 70 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Postfach 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 28 63 37 - 38  
Telefax: 08 88 848-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

## Biedenkopfs Anti-Gewerkschafts-Aktion ist gescheitert

Die Hintergründe des Wahlvorstoßes des CDU-Generalsekretärs

Von Hans Schweitzer MdL

Stellv. Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitgemeinschaft für  
Arbeitnehmerfragen und Bezirksleiter der IG Chemie

Der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf hat zum Halali gegen die Gewerkschaften geblasen. Gewerkschaftern und Betriebsräten wird getreu dem Slogan "Freiheit statt/oder Sozialismus" unterstellt, sie gefährdeten die Freiheit in den Betrieben und pressten die Arbeitnehmer mit unerlaubten Mitteln in die Gewerkschaften, benachteiligten Nichtgewerkschafter bei der Vergabe sozialer betrieblicher Leistungen und leisteten Wahlhilfe für die SPD. Krampfhaft versuchte Biedenkopf im nachhinein, mit einer "Dokumentation" den Beweis für seine haltlosen Unterstellungen zu liefern.

Der CSU-Generalsekretär hatte keine glückliche Hand dabei. Gemeinsam wiesen Betriebsräte und Unternehmensleitungen die an den Haaren herbeigezogenen Unterstellungen zurück. Gerichte ordneten durch einstweilige Verfügung an, daß Biedenkopf seine Behauptungen nicht wiederholen darf, weil von den Betriebsräten oft mit Unterstützung ihrer CDU-Kollegen in den Betriebsräten nachgewiesen wurde, daß Biedenkopf die Unwahrheit dokumentiert hat. So bricht Zug um Zug das Kartengebäude - auch was die Vorwürfe gegen die IG Chemie-Papier-Keramik angeht, der ich angehöre - zusammen, und man überlegt, was denn wohl die eigentlichen Beweggründe Biedenkopfs zu solchen Handeln waren.

Hier allerdings darf man nicht überrascht sein, und man muß die Gewerkschaften fragen, warum sie diesen Teil des strategischen Konzepts der CDU/CSU-Wahlkampfführung nicht früher erkannt haben. Schon auf dem Mannheimer CDU-Parteitag wurde diese Spekulation auf Stimmenfang bei Unorganisierten eingeleitet. Mit der damaligen Feststellung, daß Anteilseigner, Management und Gewerkschaften in Verbindung gemeinsamer Interessen zu Lasten der Verbraucher und der Allgemeinheit Politik gemacht hätten, wurde doch deut-

lich, wohin die Reise gehen soll. Die CDU und Biedenkopf machten sich mit der entdeckten "neuen sozialen Frage" zum Retter der Nation, um die "nicht organisierten Interessen" gegen die "organisierten Interessen" zu schützen. Der Nichtorganisierte soll in den Glauben versetzt werden, er brauche nur einmal in vier Jahren CDU/CSU zu wählen und dann würden seine Probleme von der CDU/CSU-Regierung gelöst. Der untrennbare Zusammenhang gemeinsamer politischer Lösungen zwischen aktiv im Arbeitsleben stehenden und Rentnern und Familienangehörigen wird dabei schlichtweg unterschlagen.

Nimmt man dann die Erklärung des stellv. CDU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Stoltenberg über die Notwendigkeit eines Verbändegesetzes hinzu - der Staat soll vor ungerechtfertigten Ansprüchen der gesellschaftlichen Gruppen geschützt werden - so wird die gewerkschaftsfeindliche Strategie des CSU/CDU-Konzepts, gestützt, finanziert und getragen von der Hochfinanz, deutlich und Biedenkopfs Vorstoß erklärlich. Die unorganisierten, gewerkschaftlich nicht organisierbaren Gesellschaftsgruppen und Gewerkschaftsgegner sollen mobilisiert werden, und dazu muß man eine "unerlaubte" Bindung zwischen Gewerkschaften und SPD herstellen. Der Zeitpunkt kurz vor der Wahl wurde genommen, um gerichtlichen Nachprüfungen keine Zeit zu lassen und die Gewerkschaften und die SPD erst einmal ins Abseits zu stellen.

Die Gewerkschaften sollten sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Jeden Monat aufs Neue sprechen die Gewerkschaftsmitglieder durch nicht unerhebliche Beitragsleistungen ihren Gewerkschaften immer wieder ihr Vertrauen aus. Unsere Betriebsräte werden alle drei Jahre mit 80 bis 90 vH der Stimmen mit dem Vertrauen der Belegschaft ausgestattet. Das ist eine Legitimation, von der Prof. Biedenkopf nur träumen kann. Die Arbeitnehmer brauchen keine Belehrungen von Waschmittelmanagern, Kekesfabrikanten, Vertretern aus Vorstandsetagen der deutschen Wirtschaft und Syndici von Wirtschaftsverbänden, wie Kanzlerkandidat Kohl das war.

Dem CDU-Generalsekretär Prof. Biedenkopf aber sei ins Stammbuch geschrieben: Wer auf die Wählerstimmen unorganisierter und anderer Gesellschaftsgruppen durch Diskriminierung und Beschimpfungen der Gewerkschaften spekuliert, der kann nicht gleichzeitig mit der Sympathie der Arbeitnehmer und ihrer Familien rechnen. Wer den Bruderkrieg in die Betriebe zu tragen versucht und damit den Frieden am Arbeitsplatz zu stören versucht, ist nicht geeignet, politische Verantwortung in unserem Staat zu tragen, womit sich der Kreis schließt, warum Bundeskanzler Helmut Schmidt zu Recht schwere soziale Konflikte für den Fall voraussagt, daß Biedenköpfe, Sträuße, Dreggers, Stoltenbergs und Kohls nach dem 3. Oktober das Segen haben sollten. Die Arbeitnehmer sollten es wissen und wissen es: Von Freiheit verstehen die Sozialdemokraten mehr. (-/15.9.1976/va/pr)

+ + +

Mehr Gerechtigkeit zwischen den Völkern  
-----

Bilanz der Entwicklungshilfearbeit im 7. Deutschen Bundestag

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Eine weltweite Umstrukturierung, die sich mit dem Entkolonialisierungsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus messen kann, hat die Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern verändert. Nach der politischen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien geht es jetzt um die wirtschaftliche Emanzipation der Dritten Welt.

Heute ist allgemein bekannt, daß Entwicklungshilfe allein die Schwierigkeiten der Dritten Welt nicht lösen kann; Entwicklungszusammenarbeit muß gesehen werden im Zusammenhang mit verbesserten Zugängen von Erzeugnissen der Dritten Welt zu den Märkten der Industriestaaten, mit der Industrialisierung der Entwicklungsländer, der Berücksichtigung ihres langfristigen Kapitalbedarfs bei einer Reform der Weltwährung, mit der Stabilisierung ihrer Rohstoffexporterlöse und der Verbesserung des Technologietransfers in die Dritte Welt. Sie hängt auch zusammen mit Umstrukturierung in unserer heimischen Wirtschaft: Die Produkte aus Entwicklungsländern müssen, langfristig gesehen, ihre vergleichbaren Kostenvorteile in der Konkurrenz mit deutschen Produkten nutzen können, ohne durch Handelshemmnisse tarifärer und nicht tarifärer Art gehemmt zu sein. Dazu bedarf es der vorausschauenden Struktur- und Industriepolitik, die auf dem Mannheimer Parteitag der SPD im November 1975 gefordert worden ist. Sie ist ein Teil der Maßnahmen, die erst die Entwicklungsländer zu den starken Handelspartnern macht, die die Bundesrepublik Deutschland als eines der sehr stark exportorientierten Industrieländern der Welt braucht.

Die Sozialdemokraten in Partei, Fraktion und Regierung haben sich diesen Herausforderungen gestellt:

- 1973 und 1975 wurde die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung turnusgemäß und ohne Aufgabe ihrer bewährten Grundsätze an neue Gegebenheiten angepaßt. Dazu gehört die Berücksichtigung der Ergebnisse von UNCTAD III, der UN-Umweltkonferenz und der Europäischen Gipfelkonferenz von 1972 ebenso wie die der Welternährungskonferenz, die Folgen der nach der weltwirtschaftlichen Veränderungen seit 1973 eingetretenen Differenzierung der Wirtschaftskraft in der Dritten Welt und die Einsicht in die Notwendigkeit, eine der Dritten Welt angepaßte Technologie zu entwickeln.

- Es gab Ergänzungen und Neuformulierungen auf den Gebieten der europäischen Entwicklungspolitik, der Handels- und Währungspolitik, des Umweltschutzes und der Nutzung von Bodenschätzen. Die Priorität unserer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern wurde auf die Steigerung ihrer Agrarprodukte gelegt, die Bedingungen und Kriterien unserer Hilfe an die ausgeprägtere Differenzierung der Dritten Welt angepaßt.

- Die Eigenanstrengung der Länder der Dritten Welt bei ihrer Entwicklung wird verstärkt in Betracht gezogen.

Die Grundlagen für diese Fortentwicklung unserer Beziehungen zur Dritten Welt bilden die Ergebnisse zweier Klausurtagungen der Arbeitsgruppe Wirt-

schaftliche Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und die 25 Thesen der Bundesregierung zur Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern vom 9. Juni 1975. Dabei standen besonders im Mittelpunkt: Fragen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und ihrer Folgen für unser Land, die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik und die Anpassung unserer Entwicklungspolitik an die neuen weltweiten Gegebenheiten.

Auch im Rahmen der Partei fanden Fragen unserer Beziehungen zur Dritten Welt mehr Beachtung als je. Zwei außenpolitische Konferenzen befaßten sich mit dem Nord-Süd-Verhältnis und betonten, daß sich Friedenssicherung nicht in einer West- und in einer Ostpolitik erschöpft, sondern daß dazu als dritter Pfeiler die Partnerschaft mit den Entwicklungsländern gehört. Es wurde klargestellt, daß Entspannung auch die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse bedeutet, die den Entwicklungsländern durch Bevölkerungsexplosion und eine ihren Interessen nicht gerecht werdende Weltwirtschaftsordnung erschwert wird. Der Mannheimer Parteitag der SPD stellte im November 1975 die "Südpolitik" erstmalig an die Spitze seiner außenpolitischen Forderungen, in denen dem politischen und wirtschaftlichen Kolonialismus und dem Rassismus eine klare Absage erteilt sowie die Notwendigkeit verstärkter Hilfe betont wird, die aber nicht durch entwicklungshemmende Gegebenheiten und Maßnahmen in den Nehmerländern selbst beeinträchtigt werden soll.

Die Bundesregierung, SPD-Partei und SPD-Fraktion sind nicht im theoretischen steckengeblieben:

- Seit 1973 sind alle wichtigen entwicklungspolitischen Instrumente im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinigt;
- seit 1974 ist die Kontrollmöglichkeit des Parlaments durch seine frühzeitige Beteiligung an der Rahmenplanung erheblich verbessert worden;
- seit 1975 liegt die technische Hilfe in einer Hand, nämlich bei der neu gegründeten Gesellschaft für technische Zusammenarbeit;
- die Rückzahlungsbedingungen für Kredite im Rahmen der Kapitalhilfe wurden entsprechend der Verschiedenheit der einzelnen Entwicklungsländer differenziert;
- ein neues Entwicklungsländersteuergesetz ermöglicht eine wirksamere Steuerung deutscher Privatinvestitionen in Entwicklungsländern;
- die soziale Sicherung der freiwilligen Entwicklungshelfer wurde den Fortschritten in der deutschen Sozialgesetzgebung angepaßt;
- die SPD hat schon auf ihrem Mannheimer Parteitag begonnen, ihre Beziehungen zu den Bruderparteien in der Dritten Welt zu intensivieren; dies hat sie in Caracas fortgesetzt;
- beim SPD-Vorstand hat sich auf Beschluß des Mannheimer Parteitages ein Ausschuß für entwicklungspolitische Fragen etabliert, der entwicklungspolitische Grundsätze für die Partei ausarbeiten wird;
- Bundesregierung, Fraktion und Partei haben ihre Entschlossenheit bekräftigt, baldmöglichst 0,7 vH unseres Bruttoeozialprodukts für Ent-

wicklungshilfe auszugeben; 1975 wurde mit 3,5 Milliarden DM ein neuer Rekord erzielt.

Das Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit zunächst 46, nun schon mehr als 50 Entwicklungsländern ist auch nach Meinung von Politikern aus der Dritten Welt mit seinen erhöhten Entwicklungshilfeleistungen, der verbesserten Zusammenarbeit bei Handel und Industrie und seinem Mechanismus zur Stabilisierung der Rohstoffexportpreise der Entwicklungsländer ein Modellfall für die künftigen Beziehungen zwischen Industriestaaten und Dritter Welt.

Genz eindeutig haben sich Bundesregierung, Sozialdemokratische Bundestagsfraktion und SPD gegen die Erleichterung von Waffenexporten besonders in die Dritte Welt entschieden. Rüstungsexport ist kein geeignetes Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen; denn dadurch wächst die außenpolitische Erpreßbarkeit unseres Landes durch die Industrie wie durch andere Länder: "Der Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland sollte niemals gezwungen sein, als Handlungsreisender bestimmter Zweige der Rüstungsindustrie auftreten zu müssen", heißt es in dem vom Mannheimer Parteitag angenommenen Antrag Nr. 263. Neben allen moralischen Erwägungen muß bei diesem Problem auch beachtet werden, daß die Dritte Welt ihre knappen Mittel für andere Dinge braucht als für Waffen, die nichts produzieren außer Leiden und Tod.

Die entwicklungspolitische Bilanz der 7. Legislaturperiode kann sich sehen lassen. Wichtige Probleme und große Strömungen sind erkannt worden, auf neue Fragen wurden neue Antworten gegeben. Die SPD als stärkste Fraktion des Bundestages und führende Regierungspartei darf aber nicht die Hände in den Schoß legen. Viele Ungerechtigkeiten bestehen noch, für Hunderte von Millionen Menschen in der Dritten Welt gibt es keine Befriedigung der Grundbedürfnisse. Entwicklungszusammenarbeit zielt auf mehr Gerechtigkeit zwischen den Völkern und innerhalb der Gesellschaft; sie praktiziert Solidarität, die für das humane Überleben aller unerlässlich ist. Der 8. Deutsche Bundestag wird noch viel entwicklungspolitische Arbeit leisten müssen. (-/15.9.1976/vd/pr)

+ + +

## Die Union auf dem Kurs des Kalten Krieges

Deutschlandpolitisches Abenteuerertum der CDU/CSU-  
Scharfmacher ist friedensgefährdend

Von Dr. Herbert Prauß

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion

Die Union schürt "illusionäre Vergeßlichkeit" und ist noch immer nicht gewillt, sich in Wort und Tat auf den Boden der Vertragspolitik zu stellen. Um ihre realitätsfremde rückwärts gerichtete Politik abzuschirmen, sind diese Kräfte bemüht, unhaltbar gewordene Rechtspositionen aus der Zeit des Kalten Krieges wieder zur Maxime der Tagespolitik zu machen.

Da in der Unions-Fraktion die CSU auch auf dem Felde der Deutschlandpolitik zunehmend den Ton angibt, sei hier die Position der bayerischen Staatsregierung zum Grundlagenvertrag in Erinnerung gebracht. Demals nötigte CSU-Chef Franz Josef Strauß - gegen den Widerstand seines Stellvertreters, des bayrischen Bonn-Ministers Dr. Franz Heubl - der bayerischen Landesregierung die Verfassungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht auf. Namens der bayerischen Staatsregierung vertrat deren Prozeßbevollmächtigter, der Augsburger Professor für Öffentliches Recht, Dr. Dieter Blumenwitz, in Karlsruhe bemerkenswerte Ansichten, die leider heute nicht nur von geschichtlichen Interesse sind, sondern im Kontext mit dem gegenwärtigen Verhalten von Scharfmachern in der Union immer noch aktuell-politische Brisanz haben.

Obgleich in der Verfassung des Freistaates Bayern davon ausgegangen wird, daß das Deutsche Reich 1945 untergegangen sei, vertrat Blumenwitz in Karlsruhe nachdrücklich die gegenteilige Ansicht. In der mündlichen Verhandlung wandte er sich insbesondere gegen die im Grundvertrag angestrebten "gutnachbarlichen Beziehungen" und bezeichnete sie als verfassungswidrig. Auf Vorhaltung des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Walter Seuffert, daß er ja damit auch gegen die von allen Parteien getragene gemeinsame EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 votiere, erklärte Blumenwitz: "Dieser Widerspruch besteht tatsächlich, und diese gemeinsame EntschlieÙung ist ja im Freistaat Bayern nicht auf uneingeschränkte Zustimmung gestoßen. Gutnachbarliche Beziehungen zu der DDR ohne mehr staatliche Einheit bedeuten im Grunde die Systemstabilisierung des Regimes."

Für die Strauß-hörige bayerische Staatsregierung ist der Grundvertrag nicht in einzelnen Bestimmungen, sondern im Gesamtkontext verfassungswidrig. Weder dieser Vertrag noch die gemeinsame EntschlieÙung des Deutschen Bundestages, sondern allein das Grundgesetz solle für die deutsch-deutschen Beziehungen maßgebend sein. Eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR wird nur auf der Grundlage der Anlehnung auch der DDR an das Grundgesetz als möglich angesehen. Blumenwitz erklärte in Karlsruhe: "Zum Normalisierungsprogramm des Grundgesetzes: Das ist eben die Anpassung der Fakten

an die Norm, das ist nicht umgedreht, die Anpassung der Norm an die widerrechtlich gesetzten Fakten."

Diese regierungsoffizielle Blumenwitz-Position läuft unverhüllt auf die Einbeziehung, ja auf die Befreiung der DDR hinaus, weil nur auf diese Weise "die Fakten an die Norm" angepaßt werden könnten. Da nicht zu erwarten ist, daß sich die DDR bundesdeutschen Rechtsvorstellungen beugt und sich damit letztlich aufgibt, würde die Befolgung dieser Konzeption den zugespitzten permanenten Konflikt, d.h. den Kalten Krieg, gewissermaßen ininstitutionalisieren. Mit Hilfe formaljuristischer Krücken wären schließlich Zurückschließen und Ähnliches mit allen gegebenen friedensbedrohenden Risiken gerechtfertigt.

Zwar redet Strauß heute in der Öffentlichkeit von pacts sunt servanda, doch wer seinen "Bayernkurier" und die Ausführungen von Prof. Blumenwitz liest, erkennt das irreführende Doppelapfel. Im gegenwärtigen Verhalten scharfmacherischer Unions-Politiker kommt oftmals unverhüllt zum Vorschein, daß auch heutzutage gutnachbarliche Beziehungen entweder als zweitrangig oder gar als nicht erstrebenswert angesehen werden. Sich einstellende Normalität in den deutsch-deutschen Beziehungen wird totgeschwiegen oder heruntergespielt, einzelne, zweifellos höchst bedauernde und zu verurteilende Zwischenfälle dagegen überdimensional herausgeholt. Aktivitäten gegen die Staatsgrenze der DDR oder gar die Tötung von Grenzsoldaten werden beschönigt bzw. durch die Publikation fragwürdiger Gutachten noch juristisch gerechtfertigt.

Eine wichtige Voraussetzung zur Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen ist die Respektierung der innerdeutschen Demarkationslinie. Nur so kann sie durchlässiger und damit die Spaltung Deutschlands erträglicher gemacht werden. Nur über das Stadium gutnachbarlicher Beziehungen kann der Schrecken dieser Grenze (Stacheldraht und Tötungsanlage) überwunden werden und diese selbst vielleicht eines Tages fallen. Wer dieses Ziel nicht anstrebt, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er die Grundinteressen des deutschen Volkes nach Frieden, Verständigung und Wahrung des nationalen Zusammenhalts ignoriert. (-/15.9.1976/vo/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller